

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 8

SPD

Dezember 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

gemeinsam mit den Ortsvereinen hatten wir drei Themen für meine Plakate zur Bundestagswahl festgelegt. Nun ist es uns gelungen, diese Themen im Koalitionsvertrag mit deutlich sozialdemokratischer Zielsetzung zu verankern - darauf sind wir stolz.

Herzliche Grüße
Eure



Öffentliche Güter - so auch Wasser - dürfen nicht dem Wettbewerb untergeordnet werden. Das ist jetzt auch in Bezug auf die EU-Politik fixiert: "Die öffentliche Daseinsvorsorge, insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler Ebene (z.B. die Wasserversorgung) gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben." Und ein "Fracking-Verfahren" mit umweltschädlichen Substanzen zur Erdgasgewinnung wird es in Deutschland nicht geben!

Der schwierigste Teil in den Verhandlungen waren die Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer. Gerade für untere Einkommensgruppen haben wir einiges hinbekommen: Den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, die Sanktionierung von Schein-Werkverträgen, die gleiche Bezahlung für LeiharbeiterInnen (nach spätestens 9 Monaten) und bessere rechtliche Grundlagen für die Durchsetzung von gleichem Lohn für Frauen. Personalmindeststandards im Pflegebereich und die Aufwertung der Pflegeberufe sind vereinbart.



Damit die Mieten in Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten nicht in unbezahlbare Höhen schießen, gibt es künftig die Mietpreisbremse:

"... insbesondere mit der Erweiterung des Mieterschutzes durch Beschränkung von Wiedervermietungsmieten von Wohnraum in Gebieten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete sowie Verbesserung der Mietspiegel." Und die Vermieter müssen die Maklerkosten übernehmen: Wer bestellt, bezahlt! Außerdem werden pro Jahr 700 Mio. Euro für Städtebauförderung bereitgestellt - das sind 600 Mio. Euro mehr als bisher!